Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
1.	Ministerium für Landesentwicklung und Infrastruktur und Digitales Außenstelle Halle – Ref. 24 Neustädter Passage 15a 06122 Halle (Saale)	23.06.2022	<p>Der obersten Landesentwicklungsbehörde wurden mit Posteingang vom 30.05.2022 durch die Hansestadt Gardelegen im Rahmen der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) die Unterlagen zu der o. g. Bauleitplanung zur landesplanerischen Abstimmung vorgelegt. Aus den Unterlagen geht hervor, dass das Erfordernis zur Überplanung des Standortes allein aus den planungsrechtlichen Schranken des § 35 Abs. 1 Nr. 6 BauGB erwächst. Bauliche oder sonstige wesentliche Veränderungen sind nicht erforderlich. Durch die Aufstellung eines Bebauungsplans richtet sich die Zulässigkeit von Vorhaben nicht mehr nach § 35 BauGB.</p> <p>Bereits zu dem Vorentwurf mit Stand vom Oktober 2020 hatte ich mit der Stellungnahme vom 06.12.2020 (Az. 20221/32-00321.1) festgestellt, dass diese Planung nicht raumbedeutsam im Sinne von raumbeanspruchend oder raumbeeinflussend ist. Eine landesplanerische Abstimmung ist demnach nicht erforderlich.</p> <p>Nach Prüfung der nunmehr vorgelegten Planfassung stelle ich fest, dass sich an den Unterlagen keine Änderungen ergeben haben, die sich auf die raumordnerische Bewertung auswirken. Somit kann ich auf die bereits abgegebene Stellungnahme vom 06.12.2020 verweisen, die ich grundsätzlich aufrechterhalte. Gemäß § 2 Abs. Nr. 10 LEntwG LSA obliegt der obersten Landesentwicklungsbehörde die Abgabe von landesplanerischen Stellungnahmen im Rahmen von öffentlich-rechtlichen Verfahren nur für raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen.</p> <p>Mit diesem Schreiben wird den vorgeschriebenen Genehmigungs- und Zulassungsverfahren nicht vorgegriffen und es werden weder öffentlich-rechtliche noch privatrechtliche Zustimmungen und Gestattungen erteilt.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Für den Inhalt des Bebauungsplans besteht kein Abwägungsbedarf.</p>
2.	Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt Abt. Landwirtschaft und Umwelt Ernst-Kamieth-Str. 2 06114 Halle (Saale)	09.06.2022	<p>1. Bauwesen</p> <p>Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans für eine Biogasanlage der Einheitsgemeinde Hansestadt Gardelegen befindet sich in der Aufstellung. Für die Hansestadt Gardelegen gibt es einen wirksamen Flächennutzungsplan (FNP). Im diesem ist der Geltungsbereich als Fläche Versorgungsanlagen für erneuerbare Energien ausgewiesen.</p> <p>Mir liegen die Planungsunterlagen zur Öffentlichkeitsbeteiligung gern. § 3 Abs. 2 BauGB vor.</p> <p>1. Alleinige Internetbekanntmachung</p>	<p>Zu 1. Bauwesen</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erfolgte rechtskonform und über die in der Hauptsatzung formulierten Anforderungen hinaus durch Veröffentlichung im Amtsblatt und auch durch Veröffentlichung im Internet. Darüber hinaus bestehen aus Sicht der Hansestadt Gardelegen keine Anhaltspunkte für eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des BauGB während der öffentlichen Auslegung gern. § 3 Abs. 2 BauGB. Die Stellungnahmen zu den umweltbezogenen</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Bei der Durchsicht der Unterlagen zu o.g. Vorgang und der Hauptsatzung (HS) auf Ihrer Homepage fiel mir auf, dass Sie auch für die erforderlichen Bekanntmachungen nach § 3 Abs. 2 BauGB eine ausschließliche Bekanntmachung im Internet regeln. In Ihrer Hauptsatzung heißt es dazu unter § 20 Öffentliche Bekanntmachungen - Abs. 2: „Soweit nicht Rechtsvorschriften besondere Regelungen treffen, erfolgen die gesetzlich erforderlichen Bekanntmachungen der Hansestadt Gardelegen im Internet unter der Internetadresse www.qardelegen.de/bekanntmachungen und der Angabe des Bereitstellungstages. Die Bekanntmachung ist mit der Bereitstellung im Internet bewirkt.“ In § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB wird keine explizite Form der ortsüblichen Bekanntmachung beschrieben. Die Bekanntmachungsform richtet sich nach Landesrecht, explizit nach der Gemeindeordnung und der Hauptsatzung. Nach § 4a Abs. 4 Satz 1 BauGB sind der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung von Bauleitplänen sowie die auszulegenden Unterlagen zusätzlich in das Internet einzustellen und über ein zentrales Internetportal des Landes zugänglich zu machen. Demzufolge ist für die ortsübliche Bekanntmachung nach § 3 Abs.2 BauGB grundsätzlich eine andere Form als die der Internet-Bekanntmachung vorzusehen. Dagegen regeln Sie im § 20 Abs. 2 Ihrer Hauptsatzung, dass u.a. die ortsübliche Bekanntmachung nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB im Internet auf Ihrer Internetseite (Homepage der Hansestadt Gardelegen) erfolgen soll. Insofern würde § 4a Abs. 4 Satz 1 BauGB ins Leere laufen. Zudem wird das Ziel der ortsüblichen Bekanntmachung nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB verfehlt, nämlich der ihr zugewiesenen sogenannten Anstoßwirkung gerecht zu werden. Folgendes dazu aus der Rechtsprechung / Kommentierung:</p> <p>„Eine ausschließliche Bekanntmachung auf der Homepage der Gemeinde ist nach § 4a Abs. 4 S. 1 BauGB unzulässig (VGH Mannheim DVBI 2012, 777).“ (BeckOK BauGB/Schink, 53. Ed. 1.8.2021, BauGB §3 Rn. 107) 4a Abs. 4 BauGB schafft eine Rechtsgrundlage und Verpflichtung für die Gemeinden zur Nutzung der elektronischen Medien bei den gesetzlichen Beteiligungsverfahren. Da das Gesetz in den §§ 3 und 4 BauGB eine bestimmte Form nicht vorschreibt, handelt es sich insoweit um eine Klarstellung. Die Regelung, die von den formalen Beteiligungserfordernissen des § 3 BauGB nicht befreit, d.h. die Nutzung der elektronischen Informationstechnologie kommt für die Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 BauGB nur ergänzend in Betracht (so auch Korbmacher, in: Kohlhammer-Komm., § 4a Rn.</p>	<p>Informationen waren entgegen der Einschätzung des Landesverwaltungsamtes Bestandteil der Auslegungsunterlagen. Für den Inhalt des Bebauungsplans besteht kein Abwägungsbedarf.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>21). § 4a Abs. 1 Satz 1 BauGB schließt es daher aus, in der Hauptsatzung der Gemeinde zu bestimmen, Bekanntmachungen nach § 3 Abs. 2 BauGB hätten ausschließlich über die Homepage der planenden Gemeinde zu geschehen (OVG Lüneburg Besohl, v. 4.5.2012-1 MN 218/11 -): Die Regelung erweitert die Möglichkeiten der Beteiligung, ohne dass dadurch die bestehenden Pflichten nach § 3 BauGB eingeschränkt werden." (EZBK/Krautzberger, 143. EL August 2021, BauGB § 4a Rn. 34) Die Nutzung elektronischer Medien nach § 4a Abs. 4 ersetzt nicht das förmliche Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 BauGB (vgl. dazu Battis/Krautzberger/Löhr/Battis, 15. Aufl. 2022, BauGB § 4a Rn. 6). Auf Grund der jetzigen Rechtslage dürften die alleinige Bekanntmachung im Internet auf der Homepage der Hansestadt Gardelegen gern. § 20 Abs. 2 Hauptsatzung nicht ausreichend sein, um die gesetzlichen Anforderungen an die öffentliche Bekanntmachung gern. BauGB erfüllen zu können.</p> <p>Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des BauGB wäre für die Auslegung gern. § 3 Abs. 2 BauGB für die Rechtswirksamkeit der Satzung beachtlich. Da hiernach eine nach § 3 Abs. 2 BauGB erforderliche ortsübliche Bekanntmachung nicht erfolgt, sondern nur die nach § 4a Abs. 4 Satz 1 BauGB zusätzliche Einstellung der Bekanntmachung im Internet, dürfte die Bekanntmachung als nicht erfolgt gelten, was zur dauerhaften Unwirksamkeit der Satzung führen dürfte. Diesbezüglich verweise ich auf die aktuelle LVWA - Rundverfügung Nr. 03/2022 vom 10.05.2022.</p> <p>2. Bekanntmachungstext Gem. § 20 Abs. 2 Hauptsatzung ist der Bereitstellungszeitpunkt der Bekanntmachung mit anzugeben. An Hand der vorliegenden Unterlagen ist der Zeitpunkt der Bereitstellung der Bekanntmachung für mich nicht nachvollziehbar. Zur Überprüfung der Bekanntmachungsfristen bitte ich Sie mir z.B. den Nachweis der Dokumentation der fristgerechten Einstellung der Bekanntmachung zu zusenden.</p> <p>Aus dem vorliegenden Bekanntmachungstext von der Homepage ist kein Datum, keine Unterschrift der Bürgermeisterin und kein Siegel der Hansestadt Gardelegen ersichtlich. Weiterhin wird empfohlen die Sprechzeiten für den Zeitraum der Auslegung der Planungsunterlagen anzugeben, ins besonders wenn auch das PlanSig zur Anwendung kommt und durch äußere Einflüsse ggfs. eine Änderung der Sprechzeiten erfolgt sein könnte.</p>	

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
		07.06.2023	<p>3. Auslegungsplanunterlagen unter der Internetadresse gem. Hauptsatzung § 20 Abs. 2</p> <p>Von den Planunterlagen unter www.gardelegen.de/bekanntmachungen waren am 08.06.2022 die Bekanntmachung, die Planunterlagen, die Begründung mit dem Umweltbericht online eingestellt, jedoch fehlten die Stellungnahmen zu den umweltbezogenen Informationen bei den online-Planunterlagen. Es wird daher empfohlen die angesprochenen Punkte zu überprüfen, ggfs. zu korrigieren und die Bekanntmachung und die Auslegung des o.g. B-Plans zu wiederholen. Diese rechtsaufsichtliche Stellungnahme ist im weiteren Verfahren zu beachten.</p> <p>2. Naturschutz Die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege für den Entwurf des hier benannten vorhabenbezogenen Bebauungsplanes vertritt die Naturschutzbehörde des Altmarkkreises Salzwedel. Hinweis: Umweltschadengesetz und Artenschutzrecht sind zu beachten. Ich verweise in diesem Zusammenhang insbesondere auf § 19 BNatSchG i.V.m. dem Umweltschadengesetz (vom 10. Mai 2007, BGBl. Teil I S. 666) sowie auf die §§ 44 und 45 BNatSchG.</p>	<p>Zu 2. Naturschutz Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p>
		17.06.2023	<p>3. Immissionsschutz Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Biogasanlage Schenkenhorst" soll eine planungsrechtliche Absicherung für den Fortbestand der Biogasanlage am Standort Schenkenhorst ermöglicht werden. Die zuständige Genehmigungsbehörde für die Biogasanlage ist die obere Immissionsschutzbehörde (LVWA Sachsen-Anhalt, Ref. 402), durch welche die Anlage zuletzt mit Änderungsgenehmigungsbescheid vom 21.11.2018 (Az.: 402.3.9-44008/18/27) immissionsschutzrechtlich genehmigt wurde. Die nächstgelegene Wohnbebauung befindet sich ca. 1,2 km östlich des Anlagenstandortes in der Ortslage Schenkenhorst. Wie bereits im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung im Dezember 2020 mitgeteilt, bildet die Biogasanlage einen Betriebsbereich der unteren Klasse. Der angemessene Abstand von 65 m unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse gemäß KAS 18 i.V.m. KAS 32 zur nächstgelegenen Wohnbebauung wird sicher eingehalten. In Bezug auf die aus der 12. BImSchV resultierenden Pflichten wird auf die Anforderungen der TRAS 120 (Sicherheits-technische Anforderungen an Biogasanlagen - Fassung 12/2018)</p>	<p>Zu 3. Immissionsschutz Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine bisher unberücksichtigten Belange vorgetragen. Für den Inhalt des Bebauungsplans besteht kein Abwägungsbedarf.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			hingewiesen. Der Abstandserlass von Sachsen-Anhalt (RdErl. des MLU vom 25.08.2015, veröffentlicht im MBI. LSA Nr. 45/2015 vom 07.12.2015) orientiert auf einen Mindestabstand zur Wohnbebauung von 300 Metern, der bei der Planung von Standorten für Biogasanlagen aus Gründen der planerischen Vorsorge eingehalten werden sollte. Dieser Abstandsempfehlung wird mit der Bebauungsplanung entsprochen. Relevante Geruchsbelästigungen im Bereich schutzwürdiger Wohnnutzungen sind durch den Anlagenbetrieb nach wie vor nicht zu erwarten. Gleiches gilt in Bezug auf Lärm. Seitens der oberen Immissionsschutzbehörde bestehen daher weiterhin keine Bedenken gegen die Planung. Eine mögliche Erweiterung des Anlagenbetriebes der Biogasanlage bedarf jedoch einer erneuten immissionsschutzrechtlichen Prüfung unter Würdigung der Gesamtsituation am Standort, um sicherzustellen, dass schädliche Umwelteinwirkungen in schutzbedürftigen Nutzungen der Nachbarschaft vermieden werden.	
3.	Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt Richard-Wagner-Str. 9 06114 Halle (Saale)		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	
4.	Landesamt für Vermessung und Geoinformation Scharnhorststraße 89 39576 Stendal	08.06.2022	Gegen die Planung und Durchführung der o. g. Maßnahme bestehen seitens des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt (LVerGeo LSA) keine Bedenken. Grundsätzlich sind die Belange des LVerGeo LSA in folgenden Punkten betroffen: 1. Mit Verweis auf § 197 BauGB ist nach Abschluss des Aufstellungsverfahrens ein Exemplar (Kopie möglichst in digitaler Form) des Bauleitplanes (hier: Bebauungsplan) der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses beim Landesamt für Vermessung und Geoinformation in Stendal zu übersenden. Hinweis: Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass die Übereinstimmung der Planunterlage mit den im Liegenschaftskataster nachgewiesenen Flurstücken (Grenzen und Bezeichnungen) gern. §1 Planzeichenverordnung (PlanzV) im Rahmen dieser Stellungnahme nicht geprüft wurde. Diese Übereinstimmung wird nur noch durch eine kostenpflichtige Prüfung und Auskunft aus dem Liegenschaftskataster erteilt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
5.	Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt Postfach 156 06035 Halle (Saale)	06.07.2022	Aus den Bereichen Geologie und Bergwesen kann Ihnen Folgendes mitgeteilt werden: <u>Bergbau</u> Für den vorliegenden Entwurf gilt weiterhin: Belange, die das LAGB, Abteilung Bergbau zu vertreten hat, stehen dem Vorhaben nicht entgegen. Bundesberggesetzes unterliegen, werden durch das Vorhaben/die Planung nicht berührt. Hinweise auf mögliche Beeinträchtigungen durch umgegangenen Altbergbau liegen dem Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt ebenfalls nicht vor. <u>Geologie</u> Bauliche oder sonstige wesentliche Veränderungen sind nicht geplant. Aus geologischer Sicht gibt es zum Entwurf keine Bedenken oder weiteren Hinweise.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
6.	Regionale Planungsgemeinschaft Altmark Ackerstraße 13 29410 Salzwedel	13.06.2022	Gemäß § 2 Abs. 4 in Verbindung mit § 21 Landesentwicklungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (LEntwG LSA) vom 23. April 2015 nimmt die Regionale Planungsgemeinschaft Altmark für ihre Mitglieder, zu denen der Landkreis Stendal und der Altmarkkreis Salzwedel gehört, die Aufgabe der Regionalplanung wahr. Die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Altmark hat auf ihrer 80. Sitzung am 12.06.2019 den 1. Entwurf der Änderung und Ergänzung des Regionalen Entwicklungsplans Altmark 2005 (REP 2005 Altmark) zur Anpassung an die Ziele des Landesentwicklungsplans des Landes Sachsen-Anhalt (LEP 2010 LSA) beschlossen. Mit der Änderung und Ergänzung des Regionalen Entwicklungsplans Altmark (REP Altmark) sollen insbesondere der Konkretisierungsauftrag des LEP 2010 LSA und die regionalen Erfordernisse thematisiert werden. Die Ziele der Raumordnung nach § 3 Nr. 2 des ROG sind nach Maßgabe der §§ 4 und 5 ROG bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu beachten. Die im LEP 2010 LSA vorgegebenen Ziele der Raumordnung zur Landesentwicklung müssen - soweit sie für die Planungsregion zutreffen - übernommen werden. In Aufstellung befindliche Ziele stehen den o.g. Planungen nicht entgegen. Die Feststellung der Vereinbarkeit der o.g. Planung/Maßnahme mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung erfolgt gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 10 LEntwG LSA durch die oberste Landesentwicklungsbehörde.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
7.	Amt für Landwirtschaft und Flurneuordnung und Forsten Altmark Goethestraße 4 und 5 29410 Salzwedel	18.07.2022	Nach Prüfung teile ich Ihnen mit, dass sich aus landwirtschaftlicher und agrarstruktureller Sicht keine Bedenken und Hinweise ergeben.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
8.	Landesbetrieb für Hochwasserschutz Und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt Flussbereich Osterburg Postfach 11 03 39601 Osterburg	08.06.2022	Nach Durchsicht der per Download erhaltenen Unterlagen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan (vBP) „Biogasanlage Schenkenhorst“ (Entwurf vBP, Planzeichnung, Begründung und Umweltbericht Stand 04/2022) erfolgt diese Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange (TÖB) in der Eigenschaft des LHW als Betreiber und Eigentümer an Gewässern erster Ordnung und wasserwirtschaftlicher Anlagen. In dem geplanten Geltungsbereich des vBP „Biogasanlage Schenkenhorst“ befinden sich keine Gewässer erster Ordnung bzw. wasserwirtschaftliche Anlagen, für die der LHW, FB Osterburg, unterhaltungspflichtig ist. Sie werden auch von den Maßnahmen der geplanten Nutzung, der Erschließung, der Ver- und Entsorgung nicht tangiert. Die Gräben im näheren Umfeld der Biogasanlage sind Gewässer zweiter Ordnung. Hier liegt die Unterhaltungspflicht beim zuständigen Unterhaltungsverband Milde/Biese mit Sitz in Engersen. Der geplante Geltungsbereich des vBP „Biogasanlage Schenkenhorst“ liegt außerhalb des gemäß § 76 Abs. 2 WHG i. V. mit § 99 Abs. 1 WG LSA festgesetzten Überschwemmungsgebiet (ÜG) Milde und Untere Milde vom Zusammenfluss von Milde und Untere Milde (km 0+000) bis Letzlingen für die Milde (km 42+740) und bis Wustrewe für die Untere Milde, veröffentlicht am 15.11.2017 im Amtsblatt des Landesverwaltungsamtes. Die genauen Karten dazu liegen im Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt (LVWA) bzw. im Altmarkkreis Salzwedel, Umweltamt vor. <i>Hinweis:</i> Im Rahmen der Umsetzung der Europäischen Hochwasserrisikomanagementrichtlinie (HWRM-RL) ist der LHW, hier der SB 3.1. Grundlagen, mit der Ermittlung der fachlichen Grundlagen zur Umsetzung beauftragt. Relevante Ergebnisse sind unter anderem die Veröffentlichung der Hochwassergefahren- und Risikokarten, welche für drei verschiedene Hochwasserszenarien Auskunft über die möglichen Betroffenheiten und nachteiligen Auswirkungen geben. Die Daten sind unter https://lhw.sachsen-anhalt.de/planen-bauen/eu-risikomanagement/ einsehbar und die dargestellten Überflutungsflächen können dort kostenfrei als GIS-Datensätze zur weiteren Verwendung bezogen werden. Die Unterlagen (Überflutungskulisse) sollten in den Ausarbeitungen des	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine bisher unberücksichtigten Belange vorgetragen. Für den Inhalt des Bebauungsplans besteht kein Abwägungsbedarf.

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Biogasanlage Schenkenhorst“ Berücksichtigung finden, da neben den Flächen des HQ100 auch die HQextrem-Flächen gemäß dem Hochwasserschutzgesetz II relevant für den Geltungsbereich des vBP sein können. Sollten von der Maßnahme Liegenschaften des Landes Sachsen-Anhalt betroffen sein, die der Verwaltung des LHW unterliegen, sind dazu Bauerlaubnisverträge mit dem LHW abzuschließen. Nach Abstimmung mit dem SB 5.2 Hydrologie sind auch keine Grundwasserbeobachtungsbrunnen des Grundwassermessnetzes von der Planung betroffen.</p>	
9.	<p>Bund für Umwelt und Naturschutz Olvenstedter Str. 10 39108 Magdeburg</p>	30.06.2022	<p>Nach Einsicht der Unterlage aus dem Internet-Portal der Hansestadt Gardelegen wird folgende Stellungnahme abgegeben:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Es wird angestrebt, zu einer bereits seit Jahren betriebenen Biogas-Anlage die gewerbliche Betriebsführung gem. § 11 Abs. 2 BauNVO abzusichern. Gemäß des Beschlusses des Bundesverwaltungsgerichtes vom 19.12.19 (7 C 28.18) ist bei Verlängerungsanträgen grundsätzlich zu prüfen, ob die bisherigen Unterlagen den aktuellen gesetzlichen Anforderungen insbesondere des Umwelt- und Naturschutzes gerecht werden. 2. Die planungsrechtlichen Schranken gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 6 sehen wir noch nicht ausgeräumt: <ol style="list-style-type: none"> a) das Bauen im Außenbereich gilt nach Punkt 1. und 2. nur für land- und forstwirtschaftliche Betriebe sowie Gartenbau-Betriebe zu, was nicht gegeben ist. b) unter Nr. 6 wird gefordert, dass der Betreiber der Biogas-Anlage Tierhaltung betreibt, was ebenfalls nicht vorliegt. <p>In der Einleitung des Umweltberichtes wird erwähnt, dass die Biogasanlage privilegiert betrieben wird. Diese Anlage konnte nur über den § 35 geplant und installiert werden und kann nun nur über diesen aktuellen §35 weiter genutzt werden. In den Unterlagen wird erwähnt, dass in den gesetzlichen Regelungen ein Wandel eingetreten ist. Das ist für den nach wie vor aktuellen § 35 nicht gegeben.</p>	<p>Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt. Zu 1. und 2. Die durch den <i>Bund für Umwelt und Naturschutz</i> vorgebrachten Bedenken und Einwendungen werden aufgrund des fehlenden sachlichen Bezuges nicht berücksichtigt. Grundsätzlich ist zu sagen, dass Biogasanlagen eine effiziente Art der umweltverträglichen Energieerzeugung darstellen. Die Energiewende ist notwendig zur Vermeidung ökonomischer und politischer Abhängigkeiten in der Energieversorgung in allen Lebensbereichen. Die in Rede stehende Bestandssicherung einer gewerblich zu betreibenden Biogasanlage ist aus diesem Ansatz heraus grundsätzlich zu befürworten. Darüber hinaus ist die weitere gewerbliche Betriebsführung zur Erreichung der bundespolitischen Zielstellungen unabdingbar. Gemäß § 2 Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2023) gilt in diesem Zusammenhang folgende befristete Vorschrift: „Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Beitrag in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.“ Sollte die geplante gewerbliche Betriebsführung der bestehenden Biogasanlage Schenkenhorst nicht umgesetzt werden können, sind erhebliche Nachteile für die Erreichung der bundespolitischen Zielstellungen zur Erzeugung erneuerbarer Energien zu erwarten. Richtschnur der</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>3. Es wird erwähnt, dass bauliche oder sonstige Veränderungen nicht erforderlich sind. Dabei wird verschwiegen, dass bereits die bisherige Anlage eine Auflage des Landesverwaltungsamtes (402.3.9-44008/18/27) zur Schaffung eines sicheren allseitigen Walls bis zum 01.08.2022 zu erfüllen hat.</p> <p>An Hand der Höhenangaben im Zufahrtsbereich eindeutig erkennbar, dass keine Auslaufsicherheit bei kollabierten Fermentern (z.B. durch Blitzschlag) gewährleistet ist: Straßen-Scheitel: 32,99 m; Straßen-Rand: 33,01 und 33,02; Innenbereich: 32,78</p> <p>Das gleiche trifft für die nicht erreichte Wallhöhe von 1,5 m zu: Wiepker Straße: 33,98 Ecke in Nähe Ausfahrt: 33,78</p>	<p>deutschen und europäischen Energiepolitik ist das energiepolitische Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit. Die vorliegende Stellungnahme erzeugt inhaltlich kein abwägungserhebliches Gewicht gegenüber der Planungsabsicht des Vorhabens erneuerbare Energien aus nachwachsenden Rohstoffen zu erzeugen und wird aus diesem Grund dem durch den Gesetzgeber in der Vorschrift des § 2 EEG 2023 geregelten überragendes öffentliches Interesses und der öffentlichen Sicherheit untergeordnet. Die für das Vorhaben in Anspruch genommenen Flächen beschränken sich auf ein baulich und immissionsrechtlich vorgeprägtes Areal. Für die Umsetzung des Vorhabens werden kein bisher ungenutzten Außenbereichsflächen in Anspruch genommen. Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans für sich genommen soll die durch den <i>Bund für Umwelt und Naturschutz</i> angeführten planungsrechtlichen Schranken gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 6 BauGB beseitigen. Darüber hinaus ist in diesem Zusammenhang klarzustellen, dass der Bezug zum Bebauungsplan keine Änderungen am bestimmungsgemäßen Betrieb der bestehenden Biogasanlage ermöglicht und insofern der durch den BUND angeführte Beschluss des Bundesverwaltungsgerichtes vom 19.12.19 (7 C 28.18) nicht auf das vorliegende Aufstellungsverfahren übertragbar ist. In dem zitierten Beschluss des Bundesverwaltungsgerichtes geht es im Leitsatz um die <i>Wahrung der Klagefrist durch Klageerhebung beim sachlich unzuständigen Gericht.</i></p> <p><i>Zu 3. und 4.:</i> §37(3) AwsV regelt: <i>dass Anlagen, bei denen Leckagen oberhalb der Geländeoberkante auftreten können, mit einer Umwallung zu versehen, die das Volumen zurückhalten kann, das bei Betriebsstörungen bis zum Wirksamwerden geeigneter Sicherheitsvorkehrungen freigesetzt kann, mindestens aber das Volumen des größten Behälters; dies gilt nicht für die Lageranlagen für feste Gärsubstrate oder feste Gärreste. Einzelne Anlagen auch § 2 Absatz 14 können mit einer gemeinsamen Umwallung ausgerüstet werden.</i></p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>4. Es wird festgestellt, dass Richtung Süd kein Wall vorhanden sei. Weil angeblich keine bedeutsamen Lebensräume vorliegen, wird unzulässigerweise der Geltungsbereich nur auf das direkte Betriebs-Areal beschränkt. Die Bio-Gas-Anlage muss jedoch auch aus der Sicht des Umweltschutzes weiträumiger betrachtet werden (siehe - UVP-Gesetz)</p> <p>5. Wenn von einem angeblichen "immissionsrechtlichen Bestandsschutz" gesprochen wird, ist das bereits unter Punkt 1 widerlegt worden, denn mit jedem Neu-Antrag sind die gegenwärtig aktuellsten Umwelt-Regeln zu berücksichtigen. Ob für das Umfeld ein "verträgliches Immissionsniveau" gewährleistet wird, wird mit den aktuellen gesetzlichen Regelungen zu prüfen sein. Auf jeden Fall sind keine Ausgleichs- oder Kompensationsmaßnahmen weder erkennbar noch erläutert. Denn es liegen offensichtlich mehrere Belastungsfaktoren für die Umwelt vor, wie zum Beispiel: großflächige Versiegelung des Bodens innerhalb der Anlage; Schornstein-Ausstoß des Kraftwerkes, Abgabe von gegenwärtig nicht quantifizierter Wärmemenge an die Umwelt, mittelbare Belastung der Umwelt durch erhebliche Antransporte der Ausgangsstoffe, Verunstaltung des Landschaftsbildes' usw . Eine klare Umwelt-Bilanz mit den beiden Seiten: a) vor dem Bau b) nach der Inbetriebnahme ist zu fordern.</p> <p>6. Der Weg zwischen Schenkenhorst und Engersen wird als bekannter Radweg der Altmark genutzt. Das ist das gegenwärtige Landschaftsbild durch die Anlage sehr negativ belastet. Es wäre zu empfehlen, einen Baum-Saum anzulegen.</p> <p>7. Beim Umweltbericht werden die betriebsbedingten Störwirkungen als unbedeutend bezeichnet und ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag als nicht erforderlich bezeichnet. Die Anlage 1 des BauGB, die vollständig unterschlagen wird, enthält entsprechende Vorgaben in Form eines qualifizierten Umweltberichtes.</p>	<p>Dem Prüfbericht der DEKRA nach AwSV -55944793- mit Prüfdatum vom 19.07.2021 ist zu entnehmen, dass in diesem Zusammenhang keine Mängel aufgetreten sind. Insofern ist die vorgetragene Einwendung des BUND als Gegenstandslos zurückzuweisen. Nachweislich sind nach derzeitiger Rechtslage keine zusätzlichen Umwallungen innerhalb des Geltungsbereiches erforderlich.</p> <p><i>Zu 5.</i> <i>Die Einwendung wird nicht berücksichtigt.</i> Das Landesverwaltungsamt Halle/Saale hat mit Datum vom 29.06.2010 unter dem Aktenzeichen 402. 3. 9-44008/09/79 eine unbefristete Genehmigung erteilt. Die Hansestadt Gardelegen muss davon ausgehen, dass der aktuelle und zukünftige Betrieb dieser Anlage den Anforderungen dieser bestandskräftigen Genehmigung entspricht und sich entsprechend kein weiterer Handlungsbedarf für den Vorhabenträger ableiten lässt. Unabhängig davon regelt der in Rede stehende Bebauungsplan allein die planungsrechtliche Zulässigkeit des Vorhabens im Rahmen der Planungshoheit der Hansestadt Gardelegen. Insofern ist im Rahmen der Umweltprüfung eine Bilanzierung der Auswirkungen vor dem Bau und nach der Inbetriebnahme weder notwendig noch gesetzlich erforderlich.</p> <p><i>Zu 6.</i> <i>Die Einwendung wird nicht berücksichtigt.</i> Die landschaftsästhetische Wirkung der bestehenden und bestandsgeschützten Biogasanlage wurde bereits im Immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren bewertet. Eine erneute Befassung mit den Belangen des Landschaftsbildes ist auf der Ebene des Bebauungsplans nicht zielführend, sofern wie vorliegend mit der Umsetzung des Vorhabens keine baulichen Veränderungen geplant sind.</p> <p><i>Zu 7. und 8.</i> <i>Die Einwendungen werden nicht berücksichtigt.</i> Die Hansestadt Gardelegen geht davon aus, dass Verbotstatbestände allein durch vorhabenspezifische unmittelbare (bau- bzw. anlagebedingte) oder mittelbare</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>8. Es wird behauptet, dass keine weiteren Gutachten erforderlich wären und ein bestmöglicher Schutz der Gewässer nach § 62 WHG vorläge. Dies trifft ebenfalls nicht zu, denn nicht umsonst gibt es die im Punkt 3 zitierte Auflage des Landesverwaltungsamtes sowie die im folgenden Punkt 10 aufgezeigten Mängel des Havarieschutzes.</p> <p>9. Nach dem UVP-Gesetz (Anlage 1) ist die Biogasanlage mit mehr als 10 t Materialeinsatz/Tag auf jeden Fall UVP-pflichtig, die noch nachzuholen ist.</p> <p>10. Unter dem Punkt 7. Immissionschutz wird auf der Seite 13 auf einen Prüfbericht der DEKRA vom 19.7.21 hingewiesen, der angeblich den Haveriefall beleuchtet. Das ist aus diesem Bericht nicht erkennbar. Der schlimmste Haveriefall ist in Deutschland schon mehrfach angefallen und bedeutet, dass ein Blitzeinschlag in einen der Großbehälter wegen des vorhandenen Methans zu einem Feuer führt, welches bei dem engen Abstand der Behälter auf den Zweiten übergeht und der gesamte Inhalt beider Behälter ausläuft. Wenn mit Hilfe des erwähnte Sandhaufen in der Nähe des Tores tatsächlich rechtzeitig ein tragfähigen Wall geschaffen werden könnte, dann ist die Zufahrt für die Feuerwehr gesperrt und der Feuerlöschteich kaum nutzbar.</p> <p>11. Auf der Seite 11 wird behauptet, dass Knoblauchkröten nicht erwartet werden. Das trifft nicht zu, weil der Nachweis dieser Tiere in den Unterlagen der unmittelbar daneben geplanten Hähnchenmastanlage aufgezeigt werden.</p> <p>Abschließend ist zu konstatieren, dass in dieser Stellungnahme eine Reihe von Mängeln und Unzulänglichkeiten aufgeführt wurden, die insgesamt schwerwiegend einzustufen sind und deshalb ohne wesentliche Nachbesserungen der weitere ordnungs- und rechtmäße Betrieb der Anlage in Frage gestellt ist.</p>	<p>(betriebsbedingte) Wirkungen eines Vorhabens ausgelöst werden können. Gleiches gilt für den Gewässerschutz nach § 62 WHG. Sofern der vorliegende vorhabenbezogene Bebauungsplan allein die zukünftige gewerbliche Betriebsführung unter Beibehaltung des immissionschutzrechtlichen und bauordnungsrechtlichen Bestandes planungsrechtlich absichern soll, sind weder bau- bzw. anlagebedingte noch bisher unberücksichtigte betriebsbedingte Wirkungen des in Rede stehenden Vorhabens erkennbar.</p> <p>Zu 9. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Für den Inhalt des Bebauungsplans ergibt sich kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Zu 10. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Regelungen für die Betriebsführung einer bestehenden Biogasanlage obliegen allein der zuständigen Überwachungsbehörde. Die Planungshoheit der Hansestadt Gardelegen greift hier nicht. Für den Inhalt des Bebauungsplans ergibt sich kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Zu 11. Das Betriebsgelände einer bestehenden Biogasanlage mit einem sehr hohen Versiegelungsgrad, einer umlaufenden Einzäunung und regelmäßigem Fahrzeugverkehr auf dem Betriebsgelände in Kombination mit fehlenden Vorzugslebensräumen der Knoblauchkröte innerhalb des Geltungsbereiches schließt die Betroffenheit dieser Tierart gänzlich aus.</p> <p>Die durch den <i>Bund für Umwelt und Naturschutz</i> unterstellten Defizite sind zusammenhangslos und bilden die tatsächlichen Auswirkungen des in Rede stehenden vorhabenbezogenen Bebauungsplans nicht ab. Entsprechend kann die Stellungnahme nicht berücksichtigt werden.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
10.	Altmarkkreis Salzwedel Bau- und Planungsamt Karl-Marx-Str. 32 29410 Salzwedel	25.08.2022	<p>1. Katastrophenschutz/Kampfmittelfreiheit: Aus den eingereichten Unterlagen können keine Forderungen des Katastrophenschutzes abgeleitet werden. Ich weise darauf hin, dass laut Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt § 13 für Baugrundstücke in belasteten Gebieten (neue Erdaufschlüsse) eine Prüfung auf Kampfmittel zu erfolgen hat. Die Auskunft, ob ein Bereich als belastetes Gebiet eingestuft ist, erteilt der Altmarkkreis Salzwedel nach gesonderter Antragstellung. Der Antrag ist frühzeitig an das Sachgebiet 32.2 des Ordnungsamtes mit den erforderlichen Unterlagen einzureichen.</p> <p>2. Bauleitplanung: Der im Entwurf vorgelegte vorhabenbezogene Bebauungsplan steht bauplanungsrechtlichen Belangen nicht entgegen, Bedenken bestehen daher hiergegen nicht.</p> <p><i>Redaktioneller Hinweis:</i> Die Angaben auf der Planzeichnung sind um die Angaben der Rechtsgrundlagen der BauNVO zu ergänzen.</p> <p>3. Immissionsschutz: Gegen das Vorhaben bestehen aus immissionsschutzrechtlicher Sicht keine Bedenken.</p> <p>Hinweise: Südlich des Vorhabens befindet sich in ca. 300 m Entfernung eine Schweinemastanlage, von der im Jahresverlauf Geruchsimmissionen auftreten können. Aufgrund der Entfernung zur Anlage und des Schutzanspruches eines Dorfgebietes ist jedoch davon auszugehen, dass keine schädlichen Umwelteinwirkungen durch Gerüche i.S.d. TA Luft zu erwarten sind.</p> <p>4. Natur- und Landschaftspflege: Zu dem o. g. Vorhaben wurde am 14.12.2020 von der Unteren Naturschutzbehörde des Altmarkkreises Salzwedel (UNB) bereits eine Stellungnahme unter dem Aktenzeichen W6124060 als Träger öffentlicher Belange abgegeben. In dieser wurde gefordert, dass die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, welche in den ursprünglichen BImSchG-Genehmigungsbescheiden vom 29. Juni 2010 und 10. November 2011 sowie Folgeänderungsbescheiden festgehalten sind, nachrichtlich übernommen werden. Des Weiteren sollten die Ersatzpflanzungen als</p>	<p>Zu 1. Katastrophenschutz/Kampfmittelfreiheit Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Aufgrund der baulichen Vorprägung des Vorhabenstandortes ist eine Prüfung auf Kampfmittel entbehrlich. Für den Inhalt des Bebauungsplans ergibt sich kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Zu 2. Bauleitplanung Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf. Die Ergänzung des BauNVO als Rechtsgrundlage auf der Planzeichnung erfolgt redaktionell.</p> <p>Zu 3. Immissionsschutz Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Zu 4. Natur- und Landschaftspflege Die Stellungnahme wird berücksichtigt. Für den Inhalt des vorhabenbezogenen Bebauungsplans ergibt sich kein Abwägungsbedarf, denn die vorgetragenen Hinweise beschränken sich auf den Vollzug der bestandskräftigen immissionsschutzrechtlichen Genehmigung und den darin geregelten Ausgleichsmaßnahmen. Dem Hinweis des Landkreises als untere Naturschutzbehörde folgend beinhaltet der Durchführungsvertrag</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Kompensationsmaßnahmen bis zum 30.11.2021 umgesetzt werden. Hinsichtlich des o.g. Vorhabens werden Neu-, Aus- und Umbauten als Eingriff bewertet. Mit der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans sind keine Eingriffe vorgesehen. Die vorangegangenen Eingriffe aus dem BImSchG-Genehmigungsverfahren wurden bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht umgesetzt. Da laut dem Umweltbericht (Stand: April 2022) die geplante Kompensation auf Grund eigentumsrechtlicher Änderungen nicht mehr möglich ist, soll das bestehende Kompensationsdefizit vor Satzungsbeschluss über ein Ökokonto kompensiert werden. Diesbezüglich ist die Höhe des Kompensationsdefizits zu berechnen und im Umweltbericht anzugeben bzw. soll die Höhe des Defizits das Äquivalent der ursprünglich geplanten und nicht umgesetzten Kompensationsmaßnahmen gern. Bewertungsmodell Sachsen-Anhalt betragen. Vor Rechtswirksamkeit des vorhabenbezogenen Bebauungsplans ist der UNB ein genaues Ökokonto schriftlich mitzuteilen, von dem das verbleibende Defizit ausgebucht werden soll. Mit der Rechtswirksamkeit des vorhabenbezogenen B-Plans ist die Ausbuchung der Wertpunkte von dem gewählten Ökokonto bei der UNB unverzüglich zu veranlassen. Die Bezeichnung des Ökokontos und die Höhe der auszubuchenden Wertpunkte sind mit in die textlichen Festsetzungen aufzunehmen. Des Weiteren ist folgender Hinweis bei den textlichen Festsetzungen zu ergänzen:</p> <p>Die Bauausführung hat unter Beachtung des allgemeinen und besonderen Artenschutzes gemäß §§ 39 Abs. 1 und 44 Abs. 1 BNatSchG) zu erfolgen. Bei etwaigen Hinweisen auf vorkommende geschützte Tier- und Pflanzenarten ist unverzüglich die Untere Naturschutzbehörde des Altmarkkreises Salzwedel zu informieren. Darüber hinaus ist bei der Herstellung des Walls darauf zu achten, dass dieser mit natürlichen Materialien hergestellt wird und zu begrünen ist. Auf den Einsatz von Beton ist zu verzichten.</p> <p><i>Fundstellenverzeichnis:</i> <i>BNatSchG</i> Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I, Nr. 51, S. 2542), in der zurzeit geltenden Fassung.</p>	<p>unter § 4 eine verpflichtende Regelung zum Erwerb von Ökopunkten sowie zur Beachtung des allgemeinen und besonderen Artenschutzes.</p>

		<p>5. Forstwirtschaft und Wald: Mit der Aufstellung des vorhabenbezogenen B-Plans „Biogasanlage Schenkenhorst“ wird die planungsrechtliche Sicherung der bereits vorhandenen Biogasanlage verfolgt. Für den vorliegenden vorhabenbezogenen B-Plan sind keine wesentlichen Änderungen an der bestehenden und genehmigten Bestandssituation vorgesehen. In einem Umkreis von 600 m um die Anlage befinden sich keine Flächen die, nach den §§ 2 BWaldG und LWaldG, als Wald einzustufen sind. Aus forstrechtlicher Sicht gibt es daher keine Einwände zu oben näher beschriebenen Vorhaben.</p> <p><i>Fundstellenverzeichnis:</i> Gesetz zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft (Bundeswaldgesetz) BWaldG vom 2. Mai 1975 (BGBl. I S. 1037), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Januar 2017 (BGBl. I S. 75), geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 09. Juni 2021 (BGBl. I S.1730), zuletzt geändert durch Artikel 112 vom 10.08.2022 (BGBl.20211 Nr. 53 S. 3436), ausgegeben am 17.08.21. Gesetz zur Erhaltung und Bewirtschaftung des Waldes, zur Förderung der Forstwirtschaft sowie zum Betreten und Nutzen der freien Landschaft im Land Sachsen - Anhalt (Landeswaldgesetz Sachsen -Anhalt - LWaldG) GVBL. LSA Nr. 7/2016, ausgegeben am 03.03.2016, zuletzt geändert durch Gesetz vom 05.12.2019 (GVBL.LSA S.946).</p> <p>6. Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Hochwasserschutz, Gewässerunterhaltung: Den vorliegenden Unterlagen kann nicht zugestimmt werden. Der Entwurf berücksichtigt bisher nicht die Umwallung der Biogasanlage im Süden. Weiterhin überschreitet die Umwallung im Osten die Baugrenze, was auch im Süden zu befürchten steht. Hier ist nachzuarbeiten. Der Planer wurde per E-Mail am 16.08.2022 darüber informiert.</p>	<p>Zu 5. Forstwirtschaft und Wald Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Zu 6. Wasserwirtschaft, Gewässerschutz, Hochwasserschutz, Gewässerunterhaltung: Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt. §37(3) AwsV regelt: <i>dass Anlagen, bei denen Leckagen oberhalb der Geländeoberkante auftreten können, mit einer Umwallung zu versehen, die das Volumen zurückhalten kann, das bei Betriebsstörungen bis zum Wirksamwerden geeigneter Sicherheitsvorkehrungen freigesetzt kann, mindestens aber das Volumen des größten Behälters; dies gilt nicht für die Lageranlagen für feste Gärsubstrate oder feste Gärreste. Einzelne Anlagen auch § 2 Absatz 14 können mit einer gemeinsamen Umwallung ausgerüstet werden.</i> Dem Prüfbericht der DEKRA nach AwsV -55944793- mit Prüfdatum vom 19.07.2021 ist zu entnehmen, dass in diesem Zusammenhang keine Mängel aufgetreten sind. Die vorgetragene Einwendung des Landkreises führt zu keiner Änderung des Planinhaltes.</p>
--	--	---	---

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>7. Abfallentsorgung: Dem Vorhaben stehen nach vorliegendem Kenntnisstand keine Belange entgegen. Es werden nachfolgende Hinweise zum Vorhaben gegeben: Das Vorhabengebiet wird eine gewerbliche Nutzung erfahren. Abfälle zur Beseitigung sind gemäß § 17 Abs. 1 KrWG dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger in Verbindung mit der Abfallwirtschaftssatzung des Landkreises Altmarkkreis Salzwedel zu überlassen. Durch den Grundstückseigentümer ist eine Restmülltonne anzumelden. Die Anmeldung hat sofort beim Altmarkkreis Salzwedel als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger mit Aufnahme der gewerblichen Nutzung zu erfolgen. Der Grundstückseigentümer ist für den ordnungsgemäßen Anschluss seines Grundstückes an den öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger verantwortlich und zu einer Auskunft verpflichtet (§ 3 i.V.m. § 21 Abs. 1 Abfallwirtschaftssatzung und § 9 Abfallgebührensatzung). Das benötigte Mindestbehältervolumen bestimmt sich aus dem § 15 Abs. 6 b) Abfallwirtschaftssatzung entsprechend der Anzahl der auf dem Grundstück arbeitenden Personen. Um die Befahrbarkeit von Straßen zu gewährleisten, sind die Vorgaben der Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften bei den Planungen zu berücksichtigen. Die Unfallverhütungsvorschriften DGUV Vorschrift 43 und 44 „Müllbeseitigung“ und DGUV Vorschrift 70 „Fahrzeuge“ beinhalten Vorgaben, nach denen sich entscheidet, ob eine Straße mit dem Müllfahrzeuge befahren werden darf oder nicht. So sollten Straßen und Wege ausreichend dimensioniert sein und keine Hindernisse aufweisen. Sackgassen sollten über geeignete Wendeanlagen verfügen. Sammelplätze für Abfall sollten im Bauleitplanverfahren ausgewiesen werden.</p> <p>Fundstellenverzeichnis: Abfallgebührensatzung: Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallwirtschaft im Altmarkkreis Salzwedel vom 28.09.2020 Abfallwirtschaftssatzung: Satzung über die Abfallwirtschaft im Altmarkkreis Salzwedel vom 28.09.2020 KrWG: Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz) vom 24.02.2012 (BGBl. I S. 212), i.d.g.F.</p>	<p>Nachweislich sind nach derzeitiger Rechtslage keine zusätzlichen Umwallungen innerhalb des Geltungsbereiches erforderlich.</p> <p>Zu 7. Abfallentsorgung Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>8. Bodenschutz und Altlasten: Das Vorhaben berührt folgende Belange der UBB: Dem vorgelegten Umweltbericht wird aus bodenschutzrechtlicher Sicht zugestimmt. In dem nach § 9 BodSchAG LSA geführten Kataster schädlicher Bodenveränderungen und Altlasten (Altlastenkataster) sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt für den ausgewiesenen Standort keine Altlastverdachtsflächen und Altlasten erfasst. Werden bei den Erdbauarbeiten kontaminierte Bodenbereiche aufgeschlossen, sind diese der unteren Bodenschutzbehörde zur Prüfung und Bewertung anzuzeigen. Gemäß § 3 BodSchAG LSA besteht eine Mitteilungspflicht bei einem Aufschluss schädlicher Bodenveränderungen und Altlasten gegenüber der unteren Bodenschutzbehörde. Grundstückseigentümer sowie Inhaber der tatsächlichen Gewalt über ein Grundstück sind gemäß § 4 Abs. 2 BBodSchG verpflichtet, Maßnahmen zur Abwehr der von ihrem Grundstück ausgehenden Gefahren für Boden und Gewässer zu ergreifen. Diese Maßnahmen können zur Sanierung von Bodenkontaminationen führen.</p> <p><i>Fundstellenverzeichnis</i> Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), i.d.g.F. Ausführungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt zum Bundes-Bodenschutzgesetz (BodSchAG LSA) vom 2. April 2002 (GVBl. LSAS. 214), i.d.g.F.</p> <p><i>Hinweis:</i> Das Ergebnis der Abwägung der Stellungnahme ist dem Bauordnungsamt zum gegebenen Zeitpunkt mitzuteilen. Ein ausgefertigtes Exemplar in Papier- und elektronischer Form der o. g. Planung ist uns dann zu übergeben.</p>	<p>Zu 8. Bodenschutz und Altlasten Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Umweltbericht wird redaktionell unter dem Abschnitt 2.2.4 zum Schutzgut Boden um die durch den Landkreis zitierte Rechtslage des BodSchAG LSA ergänzt. Für den Inhalt des Bebauungsplans ergibt sich kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Der Hinweis wird berücksichtigt.</p>
11.	Hansestadt Gardelegen FB Sicherheit und Ordnung Brandschutz Rudolf-Breitscheid-Str. 3 39638 Gardelegen		<p>Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.</p>	
12.	Industrie- und Handelskammer Alter Markt 8 39104 Magdeburg	06.07.2022	<p>Die Industrie- und Handelskammer (IHK) Magdeburg hat die Unterlagen zum o.g. vorhabenbezogenen Bebauungsplan vom 30. Mai 2022 erhalten und macht im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange keine Anregungen geltend.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag																				
13.	Deutsche Telekom Technik GmbH Hylandstr. 18 38820 Halberstadt	21.06.2022	<p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i.S.v.§125 Abs. 1TKG- hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben.</p> <p>Wir bedanken uns für die Beteiligung im Rahmen der Träger öffentlicher Belange und möchten folgende Hinweise zu o.g. Vorgang geben. Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus beigefügtem Plan ersichtlich sind. Wir bitten Sie, diese Planunterlagen nur für interne Zwecke zu benutzen und nicht an Dritte weiterzugeben. Die vorhandenen Telekommunikationslinien dienen zur Versorgung der bestehenden Biogasanlage und sind zurzeit ausreichend. Ansonsten sind unsere Belange in der Begründung zum Bebauungsplan im Punkt8.3, ausreichend berücksichtigt.</p> <p>Wir danken für Ihr Entgegenkommen, für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p>																				
14.	GDMcom Ges. f. Dokumentation und Telekommunikation mbH Maximilianallee 4 04129 Leipzig	09.06.2022	<p>Bezugnehmend auf Ihre oben genannte/n Anfrage(n), erteilt GDMcom Auskunft zum angefragten Bereich für die folgenden Anlagenbetreiber:</p> <table border="1" data-bbox="712 970 1456 1085"> <thead> <tr> <th>Anlagenbetreiber</th> <th>Hauptsitz</th> <th>Betroffenheit</th> <th>Anhang</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Erdgasspeicher Peissen GmbH</td> <td>Halle</td> <td>nicht betroffen</td> <td>Auskunft Allgemein</td> </tr> <tr> <td>Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) ¹</td> <td>Schwaig b. Nürnberg</td> <td>nicht betroffen</td> <td>Auskunft Allgemein</td> </tr> <tr> <td>ONTRAS Gastransport GmbH ²</td> <td>Leipzig</td> <td>nicht betroffen</td> <td>Auskunft Allgemein</td> </tr> <tr> <td>VNG Gasspeicher GmbH ²</td> <td>Leipzig</td> <td>nicht betroffen</td> <td>Auskunft Allgemein</td> </tr> </tbody> </table> <p>Die Ferngas Netzgesellschaft mbH („FG“) ist Eigentümer und Betreiber der Anlagen der früheren Ferngas Thüringen-Sachsen GmbH („FGT“), der Erdgasversorgungsgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (EVG) bzw. der Erdgastransportgesellschaft Thüringen- Sachsen mbH (ETG).</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass die Ihnen ggf. als Eigentümerin von Energieanlagen bekannte VNG - Verbundnetz Gas AG, Leipzig, im Zuge gesetzlicher Vorschriften zur Entflechtung vertikal integrierter Energieversorgungsunternehmen zum 01.03.2012 ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Netz“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die ONTRAS - VNG Gastransport GmbH (nunmehr firmierend als ONTRAS Gastransport GmbH) und ihr Eigentum an</p>	Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang	Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) ¹	Schwaig b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	ONTRAS Gastransport GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	VNG Gasspeicher GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p>
Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang																					
Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																					
Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) ¹	Schwaig b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																					
ONTRAS Gastransport GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																					
VNG Gasspeicher GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																					

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>den dem Geschäftsbereich „Speicher“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die VNG Gasspeicher GmbH übertragen hat. Die VNG - Verbundnetz Gas AG ist damit nicht mehr Eigentümerin von Energieanlagen. Diese Auskunft gilt nur für den dargestellten Bereich und nur für die Anlagen der vorgenannten Unternehmen, so dass noch mit Anlagen weiterer Betreiber gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte einzuholen sind!</p> <p><u>QNTAS Gastransport GmbH</u> <u>Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen)</u> <u>VNG Gasspeicher GmbH</u> <u>Erdgasspeicher Peissen GmbH</u></p> <p>Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der/s oben genannten Anlagenbetreiber/s. Wir haben keine Einwände gegen das Vorhaben.</p> <p>Auflage: Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden oder der Arbeitsraum die dargestellten Planungsgrenzen überschreiten, so ist es notwendig, eine erneute Anfrage durchzuführen. Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen vorgesehen sind, hat durch den Bauausführenden rechtzeitig - also mindestens 6 Wochen vor Baubeginn - eine erneute Anfrage zu erfolgen.</p> <p><u>Weitere Anlagenbetreiber</u> Bitte beachten Sie, dass sich im angefragten Bereich Anlagen Dritter befinden können, für die GDMcom für die Auskunft nicht zuständig ist.</p>	
15.	E.ON Avacon AG Philipp-Müller-Str. 20-22 39638 Gardelegen		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	
16.	Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH und Co. KG Südwestpark 15 90449 Nürnberg	05.07.2022	Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
17.	Avacon Connect		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	
18.	Wasserverband Gardelegen Philipp-Müller-Str. 2 39638 Gardelegen		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	
19.	UHV Milde/Biese Am Bahndamm 18 39624 Kalbe/Milde	20.06.2022	Vielen Dank für die Beteiligung zu o.g. Vorhaben. Entsprechend der vorgelegten Planunterlagen, insbesondere unter Beachtung der Punkte 8.1 und 8.2 der Begründung zum vorhabenbezogenen B-Plan „Biogasanlage Schenkenhorst“ sind die Belange des Unterhaltungsverbandes Milde / Biese nicht berührt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
20.	Stadt Kalbe/Milde Schulstraße 11 39624 Kalbe/Milde		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	
21.	Stadt Bismark (Altmark) Breite Straße 11 39629 Bismark	20.06.2022	Durch das Aufstellungsverfahren zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Biogasanlage Schenkenhorst“ der Hansestadt Gardelegen werden keine, durch die Einheitsgemeinde Stadt Bismark (Altmark) wahrzunehmenden Belange berührt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.